

## 1. Haushaltsrede AfD\_ Sitzung des Gemeinderats am 06.05.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Mitarbeiter der Stadt, sehr geehrte Heidelberger,

in den Kommunen gibt es üblicherweise zwei große Ausgabenblöcke, nämlich Personal und Sozialleistungen, die oft zwei Drittel aller Gemeindeausgaben ausmachen. An diesen beiden Blöcken können Änderungen nur schwer und vor allem nicht kurzfristig vorgenommen werden. Überhaupt sind Änderungen im Wesentlichen nur im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen möglich, aber dies auch nur, wenn keine vertraglichen Verpflichtungen bestehen.

Aus diesem Grund verzichtet die AfD momentan auf Änderungsanträge. Nicht zuletzt auch deshalb, weil wir als Alternative für Deutschland grundsätzliche Zweifel haben, ob der Doppelhaushalt in der vorgestellten Form überhaupt genehmigungsfähig ist. An manchen Stellen scheinen Einnahmeposten zu optimistisch dargestellt und Ausgabenblöcke dafür zu gering angesetzt zu sein. Wie neues Gewerbe in die Stadt gebracht werden kann, um die Gewerbesteuererinnahmen, eine der wichtigsten kommunalen Einnahmequellen, zu erhöhen, erschließt sich einem neutralen Beobachter nicht.

Wer sich in der Buchhaltung etwas auskennt, dem ist wahrscheinlich die Goldene Bilanzregel ein Begriff. Golden ist dieser Haushalt jedoch gewiss nicht. Ganz im Gegenteil! Die auch schon vor Corona grenzwertige Verschuldung unserer Stadt steigt auf Rekordniveau, die Rücklagen schmelzen wie Schnee in der Sonne und sind bis 2024 gänzlich aufgebraucht.

Wie angespannt die kommunalen Finanzen sind, macht die Tatsache deutlich, dass bereits Kassenkredite – bei Otto Normalbürger ist dies der Dispokredit – aufgenommen werden müssen, um laufende Verpflichtungen zu bedienen.

Um so unverständlicher ist es, dass beispielsweise im Teilhaushalt des Interkulturellen Zentrums für 2022 sage und schreibe 306.400 Euro Personalkosten ausgewiesen werden – und zwar für 3,5 Stellen! Die exorbitante Vergütung pro Kopf darf sich jeder selber ausrechnen. Eine Krankenschwester hingegen verdient im Durchschnitt gerade einmal 42.000 EUR brutto pro Jahr. Welche herausragenden Leistungen das Interkulturelle Zentrum unter der Leitung von Jagoda Marinic erbringt, die die doppelte Pro-Kopf-Vergütung einer Krankenschwester rechtfertigen, bleibt das Geheimnis der grün-roten Mehrheit dieses Gemeinderates, die diese Gehälter bewilligt hat.

Und so geht es im Haushalt weiter mit den Ideologieprojekten. Das Amt für Chancengleichheit zum Beispiel schlägt 2022 gleich mit 942.200 EUR an Personalkosten zu Buche. Fast eine Million Euro staatliche Alimentation für links-grüne Identitätspolitik.

Und so bewarb die Stadt beim letztjährigen Besuch der Kollegen aus Bautzen eifrig das Interkulturelle Zentrum und das Amt für Chancengleichheit. Dass unserer hochverschuldeten Stadt möglicherweise ein Wirtschaftsausschuss fehlt, auf den Gedanken kam man überhaupt erst im vergangenen Jahr.

Diese Beispiele zeigen, dass die Heidelberger Kommunalpolitik - geblendet von vollen Kassen und steigenden Steuereinnahmen - schon vor Jahren falsch abgebogen ist und für allerlei ideologischen Schnickschnack das Geld quasi zum Fenster hinausgeworfen hat. Unter anderem für teure Verkehrsverhinderungsprojekte, die einzig und allein der Feindschaft gegenüber der individuellen motorisierten Freiheit entspringen.

Heute stehen wir an einer Zeitenwende. Für ideologische Turmbauten zu Babel wird künftig kein Geld mehr da sein. In den kommenden Jahren wird die Finanzlage die Stadt dazu zwingen, sich auf das kommunal Wesentliche zu beschränken. Die Alternative für Deutschland ist bereit, an dieser Rückkehr zur finanziellen Vernunft konstruktiv mitzuarbeiten.

Zu diesem konstruktiven Handeln gehört für uns ganz klar die Sanierung der städtischen Schulen, insbesondere liegt uns da die Kurpfalzschule am Herzen, die dringend neue Fenster benötigt.

Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir in der Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Das Patrick Henry Village soll unseren Bürgern als Wohn- und Arbeitsstätte dienen. Für eine Landesgroßeinrichtung für Tausende von Migranten ist dort, aber auch im Rest der Stadt, kein Platz. Wir benötigen jede zur Verfügung stehende Fläche für unsere Menschen in Heidelberg.

Vielen Dank!

*Für die AfD-Gruppe im Gemeinderat:*

*Sven Geschinski*